



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

Fraktion Bürger für Hohenlimburg /Piraten Hagen

Betreff:

Vorschlag der Fraktion BfHO/Piraten
hier: Fridays-for-Future-Antrag 365-Euro-Ticket

Beratungsfolge:

08.05.2019 Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit der Einführung eines "365-Euro-Tickets", also eine Jahresfahrkarte für den ÖPNV im Stadtgebiet Hagen für einen Euro am Tag, in Absprache mit der Hagener Straßenbahn AG und dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, zu prüfen. Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, inwieweit eine solche Maßnahme durch Bundes- oder Landesmittel im Rahmen der Abgasreduzierung bzw. -vermeidung gefördert werden kann, und falls dies nicht der Fall ist, die zur Kompensation der mit der Maßnahme verbundenen Mindereinnahmen bei der Hagener Straßenbahn AG erforderlichen Finanzmittel in den Haushalt der Stadt Hagen einzustellen.

Kurzfassung

Entfällt.

Begründung

Siehe Anlage.



Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒

sind nicht betroffen

☐

sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Kurzerläuterung:

Herrn

Hans-Georg Panzer

25. April 2019

-UWA-

Vorschlag zur Tagesordnung gemäß § 6 (1) der Geschäftsordnung:

Fridays-for-Future-Antrag 365-Euro-Ticket

Sehr geehrter Herr Panzer,

die Fraktion Bürger für Hohenlimburg/Piraten Hagen erbittet gemäß § 6 (1) der Geschäftsordnung die Aufnahme des folgenden Antrags in die Tagesordnung der UWA-Sitzung am 8. Mai 2019:



Einführung eines 365-Euro-Tickets

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit der Einführung eines „365-Euro-Tickets“, also eine Jahresfahrkarte für den ÖPNV im Stadtgebiet Hagen für einen Euro am Tag, in Absprache mit der Hagener Straßenbahn AG und dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, zu prüfen. Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, inwieweit eine solche Maßnahme durch Bundes- oder Landesmittel im Rahmen der Abgasreduzierung bzw. -vermeidung gefördert werden kann, und falls dies nicht der Fall ist, die zur Kompensation der mit der Maßnahme verbundenen Mindereinnahmen bei der Hagener Straßenbahn AG erforderlichen Finanzmittel in den Haushalt der Stadt Hagen einzustellen.

Begründung:

Die Welt, Deutschland und auch Hagen stehen vor der Verkehrswende. Die Dringlichkeit des Ausbaus des Öffentlichen Nahverkehrs steht dabei außer Frage. Je mehr Menschen den ÖPNV nutzen, desto mehr Abgase werden gespart (Stichwort 1,5-Grad-Ziel des Klima-Übereinkommens von Paris) und desto weniger Stau gibt es auch.

Ein 365-Euro-Ticket ist im Rahmen des Luftreinhalteplans der Stadt Hagen¹ erstrebenswert, da die „Attraktivitätssteigerung des ÖPNV“ als Maßnahme M8a) zur Reduzierung des Feinstaubniveaus in Hagen festgeschrieben ist, um dauerhaft unter dem Grenzwert von 50 µg/m³ zu liegen.

Im Rat der Stadt ist begrüßenswerterweise bereits ein Konzept zur Verbesserung des ÖPNV-Angebots in Hagen bezüglich dichter Takte und längeren Betriebszeiten in Arbeit. Aber ein anderer Faktor, der Menschen am Umsteigen auf den ÖPNV hindert, ist der Preis. 891,36 Euro im Jahr für ein Ticket 2000 im Abo nur für das Stadtgebiet Hagen² ist für viele bereits zu viel, einerseits im Kosten-Nutzen-Verhältnis (Stichwort Nachtbus ab 21 Uhr), aber auch allgemein in Konkurrenz zum Auto. Ein 365-Euro-Ticket, wie bereits erfolgreich seit 2012 durch die Wiener Linien in der österreichischen Bundeshauptstadt umgesetzt, bietet einen einfachen und greifbaren Anreiz, das Auto stehen zu lassen. Im Zeitraum von 2012 bis 2018 erhöhte sich die Anzahl der Jahreskartenbesitzer in Wien von 373.000 auf 780.000³, heute haben mehr Einwohner eine ÖPNV-Jahreskarte als ein eigenes Auto. Beim Modal Split liegt der Wiener öffentliche Nahverkehr bei 38%⁴, während es in Hagen nur 17,3 % sind.⁵

Bei der Umsetzung eines solchen Tickets sollte auf eine gute Integration mit bestehenden Tarifangeboten geachtet werden. Bestehende Vorteile, wie Mitnahmemöglichkeiten von Personen oder VRR-weite Nutzung ab 19 Uhr und am Wochenende, sollten weiterhin möglich sein, vielleicht als „Add-on“. Pendler, die die Stadtgrenzen überschreiten, sollten auch vom 365-Euro-Ticket profitieren können, z.B. ein „450-Euro-Ticket“ (Preis natürlich noch flexibel, aber nicht viel mehr als 365 Euro) für die Preisstufe B.

¹ https://www.bezregarnsberg.nrw.de/themen/l/luftreinhalteplanung/do_aktionsplaene/lrp_hagen_/lrp_hagen.pdf

² <https://www.vrr.de/de/tickets-tarife/ticketuebersicht/ticket/vrr/ticket2000/>

³ <https://www.tagesspiegel.de/politik/oeffentlicher-nahverkehr-jahresticket-365-euro-deutsche-staedte-moegen-wiener-modell/22751878.html>



Fraktion
Bürger für Hohenlimburg / Piraten Hagen
Rathausstraße 11
58095 Hagen
☎ 02331 – 207 4338/4336
Fax: 02331 – 207 4335

⁴ <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/panorama/wien/1017957-Modal-Split-ist-bezirksabhaengig.html>

⁵ https://www.hagen.de/web/de/fachbereiche/fb_61/fb_61_10/fb_61_1005/verkehrsentwicklung.html

Mit freundlichen Grüßen

Frank Schmidt

Stellungnahme des VRR zur Vorlage 0456/2019, 365-Euro-Ticket

Stellungnahme VRR:

1. § 39 PBefG sieht eine entgeltliche Beförderung von Personen mit Bussen und Bahnen vor. Eine preislich ggü. dem Regeltarif reduzierte Beförderung von Personen kann nur im Rahmen von Sonderangeboten oder unter besonderen Bedingungen bestimmten Personengruppen (etwa Auszubildenden) gewährt werden. Diese Angebote sind Jedermann und zu gleichen Bedingungen zugänglich zu machen.
2. Die Zuständigkeit für die Festlegung des VRR-Verbundtarifs (Preise und Beförderungsbedingungen) liegt nach den Verbundverträgen und Satzungen bei der VRR AöR und bedarf der Zustimmung des VRR-Verwaltungsrates.
3. Aufgrund des mit den Verkehrsunternehmen geschlossenen Kooperationsvertrags zum Verbundtarif besteht aber aufgrund § 8 Ziffer 4 die Möglichkeit, Tarifwünschen Dritter oder eines Antragsstellers nachzukommen, sofern die von der VRR AöR mit den betroffenen Verkehrsunternehmen kalkulierten Mindereinnahmen im vollem Umfang vom Antragsteller oder einem Dritten ggü. den Verkehrsunternehmen ausgeglichen werden. Dieses gilt allerdings vor dem Hintergrund, dass die Maßnahmen, die „einheitliche Anwendung des Verbundtarifs in Struktur und Höhe nicht in Frage stellen und andere VU nicht beeinträchtigen, insbesondere in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit nicht benachteiligen“ (§ 8 Abs. 2 Verbundgrundvertrag).
4. Sollte die Finanzierung der zu kalkulierenden prognostizierten Mindererlöse durch die Stadt Hagen sichergestellt werden, so ist dem Kooperationsvertrag Rechnung getragen und der Umsetzung des Antrags steht aus unserer Perspektive nichts im Wege. Als VRR-Verwaltung achten wir insbesondere auf die Einhaltung des Gleichheitsgrundsatzes ggü. anderen Kunden im VRR.
5. Die erforderliche Anzeige des Sonderangebots bei der zuständigen Bezirksregierung würde dann durch uns veranlasst.

Wir verweisen aber ausdrücklich auf die kundenseitige Wahrnehmung derartig gestalteter Sonderaktionen. Die Preiswahrnehmung der Kunden - gilt der VRR als eher günstig oder teuer - wird durch Rabattaktionen nachhaltig beeinträchtigt. Erfahrungsgemäß fördern solche Aktionen die Wechsel vom Fahrrad/Fußgänger zum ÖV und weniger in Richtung Reduzierung des MIV.